



Bettina M. Wiesmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Prof. Dr. Matthias Zimmer
Mitglied des Deutschen Bundestages

PRESSEMITTEILUNG

„Über 40 Mio. EUR Bundesmittel zur Sanierung von Paulskirche und Fernsehturm in Frankfurt“

Bundestag beschließt Haushaltsmittel aus dem Bereich Denkmalschutz

Berlin/Frankfurt am Main, 14.11.2019

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227 79552

Fax: +49 30 227 70554

Wahlkreisbüro

Kurt-Schumacher-Straße 30-32

60313 Frankfurt am Main

Telefon: +49 69 153 099 183

Bettina.wiesmann@bundestag.de

www.bmwiesmann.de

Die beiden Frankfurter CDU-Bundestagsabgeordneten Bettina M. Wiesmann und Prof. Dr. Matthias Zimmer zeigen sich sehr erfreut darüber, dass Frankfurt für die Sanierung zweier herausragender Bauwerke in den kommenden Jahren zusammen über 40 Millionen Euro an Bundesmitteln bekommt. Nachdem der Deutsche Bundestag in seiner heutigen Sitzung den Haushalt des Bereiches der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien beschlossen hat, steht nun fest, dass in den kommenden insgesamt 6 Jahren eine hohe Summe aus dem Bereich Denkmalschutz auch nach Frankfurt fließen wird.

Für die Sanierung der Frankfurter Paulskirche, eines zentralen Ortes der Demokratie in Deutschland und Europa, werden insgesamt 19,5 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt: 2020 zunächst 500.000 Euro und dann weitere 19 Millionen Euro durch Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre bis 2024. „Damit unterstreicht der Bund die herausragende Stellung der Paulskirche für unser Land und die Geschichte der Demokratie in Deutschland und Europa. Wir sind erleichtert, dass Berlin diese Verantwortung sieht und dass es gelungen ist, auf Frankfurter Seite die Voraussetzungen für eine solche Förderung kurzfristig noch zu schaffen“, hebt Wiesmann hervor.

Für den Frankfurter Fernsehturm, auch liebevoll „Ginnheimer Spargel“ genannt, stehen bis zum Jahr 2026 insgesamt knapp 24 Millionen Euro zur Verfügung, davon 1 Million Euro bereits für das kommende Jahr.

Mit beiden Entscheidungen übernehme der Bund Verantwortung für den Erhalt von schützenswerten Bauwerken auch in Frankfurt, so Zimmer abschließend.